

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Erscheint nach Bedarf,
voraussichtlich
jeden Sonnabend.

Das Blatt wird den Vorständen der
Zentralvereine, den Vertrauensleuten
der Gewerkschaften und den Redaktionen
der Arbeiterzeitungen gratis zugestellt.

Redaktion und Verlag:
E. Legien,
Hamburg-St. Georg,
An der Koppel 79, I.

Zur Organisationsfrage.

Streiks.

Den Anstoß zu der jetzt zur Diskussion stehenden Frage der Verbindung der Gewerkschaften, in Folge dessen auch zu dem Zusammentritt der Berliner Gewerkschaftskonferenz, gaben die zahlreichen verloren gegangenen Streiks und Aussperrungen des Vorjahres. In den diesbezüglichen Aufrufen wurde darauf hingewiesen, daß gegenüber dem sich zur gemeinsamen Aktion verbindenden Kapital eine Verbindung der Organisationen angestrebt werden müsse. Es ist demnach, wie auch fast allerseits betont wird, bei dem Zusammenschluß der Gewerkschaften auf die gegenseitige sichere Unterstützung bei Ausständen das Schwergewicht zu legen.

In den Arbeiterkreisen schob man den ungünstigen Verlauf der Ausstände ausschließlich auf die schlechte Geschäftsperiode, den Arbeitsmangel usw. Dies dürfte nicht vollständig zutreffend sein, wenn auch klar auf der Hand liegt, daß in der Zeit des geschäftlichen Aufschwunges Angriffe seitens des Unternehmertums nur sehr selten erfolgen werden.

In Arbeitgeberkreisen sah man, besonders nach dem Pariser Kongreß und vor dem 1. Mai 1890, eine allgemeine Besorgnis Platz greifen. Man fühlte dort, daß wenn dieses einmüthige Handeln der Arbeiterschaft, national wie international, nicht in seinen Anfängen ein Damm entgegengesetzt bekäme, die Macht der Arbeiterklasse bald zu einer ungeahnten, unbezwinglichen Höhe anwachsen werde. Die Uneinigkeit bezüglich der Maifeier des Vorjahres gab dem deutschen Unternehmertum wieder neuen Muth und bot gleichzeitig Gelegenheit, eine Verbindung der Arbeitgeber zu schaffen und durch den gelungenen Angriff auf die Arbeiterorganisationen zu befestigen. Auch hier hatte, wie bei dem Sozialistengesetz (wenigstens ist dies in Hamburg sicher der Fall gewesen), der „Eiserne“ die Hand im Spiele; hoffen wir jedoch, oder richtiger, wir können es mit Sicherheit erwarten, mit demselben Fiasko. Hat das

Sozialistengesetz nach seinem Erlaß auch für kurze Zeit die Bewegung und Entwicklung der Partei gehemmt, so zeigte sich doch bald, daß sich dem gewaltigen Druck von Oben ein ebenso gewaltiger von Unten entgegenstellte, daß die Parteigenossen mit mehr Energie für ihre Prinzipien eintraten und schließlich zu einer Machtentfaltung gelangten, der gegenüber sich das Sozialistengesetz als eine lächerliche Einrichtung erwies.

Wir sind überzeugt, daß wir auf gewerkschaftlichem Gebiete denselben Erfolg erzielen werden. Niemand wird in Abrede stellen, daß der Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete, wie die Gewerkschaften ihn führen, ganz bedeutend von der jeweiligen Geschäftskonjunktur abhängig ist; dagegen aber haben wir oft genug gesehen, daß starke, widerstandsfähige Gewerkschaften auch während der ungünstigen Geschäftszeit Angriffe des Unternehmertums zurückzuweisen vermochten. Und diesem Widerstand bei Angriffen ist durchaus nicht so wenig Bedeutung beizulegen, als wie dies von verschiedenen Seiten geschieht. Wir lasen vor kurzem eine Abhandlung über Angriffs- und Abwehrstreiks, in welcher in geradezu kindischer Weise von der „gesellschaftserstatternden“ Bedeutung des Angriffsstreiks gesprochen wurde. Ebenso „gesellschaftserstatternd“ würde es sein, wenn bei großen Gewerkschaften ein Angriff auf das Organisationsrecht oder der Versuch einer Lohnkürzung zurückgewiesen wird. In beiden Fällen wird, sofern es sich um die Seite, welche die Gesellschaft berührt, handelt, das Verschwinden der kleinen Arbeitgeber, also die Konzentration des Kapitals, derselbe Erfolg erzielt. In beiden Fällen wird der kleine Unternehmer zu Grunde gehen, während bei einem Abwehrstreik in Bezug auf die Wirkungen, welche der Mangel des jeweiligen Produktes auf dem Markte ausübt, genau dasselbe Resultat sich zeigt, als bei einem Angriffsstreik. Es ist sicher, daß bei einem Abwehrstreik das moralische Gefühl der Ausstehenden

Situationsbericht.

Der Streik der Heizer und Kohlenzieher in Bremerhaven ist beendet. Den Arbeitern sind einzelne Forderungen bewilligt worden. Unter Anderem, daß sie nach jeder Reise abmusteren können.

Die Verpflichtung der Seemannskasse erlischt erst 4 Wochen nach der Abmusterung. Ferner eine größere Rechtsicherheit bei Strafen und eine präzisere Regelung der Ueberzeitarbeit. Diese Erzungenschaften sind für die Seeleute nicht ohne weitgehende Bedeutung, so daß sie mit diesem in ungünstiger Zeit errungenen Erfolge zufrieden sein können. Außerdem haben sie diesem Erfolge eine wesentliche Stärkung ihrer Organisation, wie auch

die Anregung anderer auf dem Lloyd beschäftigter noch nicht organisierter Arbeiter zu danken. In Darmstedt, Ascherleben und Verburg sind die Verhältnisse noch unverändert, nur daß die unverheiratheten Ausstehenden sämmtlich abgereist sind, so daß eine wesentliche Erleichterung hierdurch eingetreten ist. In allen drei Orten erklären die Arbeiter, des Sieges sicher zu sein, sofern der Zuzug ferngehalten wird.

Der Ausstand der Klempner in Göppingen ist am 22. Juni für beendet erklärt worden. Der Streik ist resultatlos verlaufen.

Die Generalkommission.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom
2. bis 8. Juli eingegangene Gelber.

Von Jacob Neustedt, Hamburg . . . M.	60,—	Amerik. Auktion einer Genossenschafts-	
Vorgfelder Männer = Gefangverein,		zigarre der Drechsler und Klempner	
Hamburg "	40,—	Harburgs, durch Deufing M.	7,90
Von den Schmieden Nirdorfs "	7,30	Durch Liste G. G., Neuß (Rhein) . . "	4,80
Durch W. Gode, Hamburg "	12,75	Ortsverein der Weißgerber, Karlsruhe =	
Berft- und Metallarb.-Kommission		Mühlburg "	20,—
zur Bekämpfung des Arbeitsnach-		Von den Weißgerbern Dranienburgs "	25,—
weise, Stubbenhuf, Hamburg "	385,—	Expedition der „Volksstimme“, Magde-	
Von den Mannern an Schernik' Bau,		burg "	81,75
Lübeckerstr. 105, Hamburg "	20,—		

Für den Maifonds sind weitere Beträge eingegangen.

Borige Quittung M. 68229,75		Dresden, Buchdrucker, 2. R. M.	1,75
Berlin, Glacé-, Karton- und Papier-		Quakenbrück "	3,—
Arbeiter und =Arbeiterinnen . . . "	74,10	Hannover, Verb. der Tischler "	33,—
Verburg "	6,—	Görlitz, Metallarbeiter "	19,65
Apolda, von den Fachvereinen "	59,—	Eisenach "	59,—
Cottbus "	162,—	Mirow (Mecklenb.) "	20,—
Minden i. W. "	131,05	Pottschappel, Arbeiter des Blauenschen	
Burzen, durch R. Musico, Gerber . . . "	1,05	Grund "	502,—
Pinneberg, Zimmerer und andere Ge-		Memmingen "	21,10
werkschaften "	45,—		
Alt- und Neugersdorf, zielbewußte		In Summa für den Maifonds M. 69431,90	
Arbeiter "	45,—		
Berlin, Tabakarbeiter, 2. R. "	11,45	A. Dammann, Kassirer,	
Altona, Bezirk 34. "	8,—	Hamburg,	
		Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. Et.	

ungleich ungünstiger sein wird, als bei einem Angriffstreik; wird aber mit der nothwendigen Energie an der Vertheidigung gearbeitet und schließlich ein Erfolg errungen, dann dürfte die Wirkung sein, daß Muth und Selbstvertrauen die betheiligten Kreise belebt. Und dies ist unter keinen Umständen zu unterschätzen, denn nichts ist besser geeignet, die Massen für die Organisation zu gewinnen, ganz abgesehen davon, daß die früher errungenen Vortheile erhalten bleiben. Es kann doch nicht unsere Absicht sein, bei erster bester Gelegenheit das, was mit Opfern erkämpft worden, wieder aufzugeben, denn unter diesen Umständen könnte man den Streik als einen Zeitvertreib betrachten, der je nach seiner Ausdehnung „gesellschaftserfüllend“ zu wirken hätte. Wir nehmen nun thatsächlich solche, einen exzentrischen Kopf verrathende Auslassungen nicht ernst, weil wir überzeugt sind, daß Personen, welche Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung haben wollen, ruhig und ernst erwägend sein müssen. Es wird also, wie es ja auch die überwiegende Mehrzahl der Gewerkschaftsvertreter will, beiden Arten von Streiks, je nach den Umständen, die gleiche Wichtigkeit beizulegen sein.

Nach unserem Vorschlage soll nun eine größere Widerstandsfähigkeit bei Streiks dadurch erzielt werden, daß zur Unterstützung größere Kreise herangezogen werden, als dies bisher der Fall war. Wenn auch stets noch bei allen Ausständen auch nicht betheiligte Organisationen Hülfe leisteten, so war diese doch immer nur eine freiwillige, deren Höhe sich nach den verfügbaren Mitteln oder der Opferwilligkeit der Mitglieder richtete, in allen Fällen aber als unsicher und keine Garantie bietend sich zeigte. Wir können nicht leugnen und haben es nie in Abrede zu stellen versucht, daß die heute in Deutschland bestehenden Gewerkschaften mit verschwindenden Ausnahmen nicht leistungsfähig genug sind, vielmehr ernstlich daran gehen müssen, die Leistungsfähigkeit durch Erhöhung der Beiträge zu heben. Es wird aber nicht möglich sein, diese Beiträge in kurzer Zeit auf eine Höhe zu bringen, wie es zur Widerstandsfähigkeit erforderlich ist. Dagegen zeigt uns das Vorgehen des Unternehmertums, daß wir nicht warten dürfen, uns gegen die Angriffe zu wehren, oder selbst mit einem Angriff vorzugehen, bis wir die genügende finanzielle Kraft gesammelt haben, sondern daß wir bemüht sein müssen, die bis dato freiwillige Unterstützung, wie sie von den Gewerkschaften gegenseitig gewährt worden ist, in bestimmter Form zu organisiren. Dies hat nicht nur den Vortheil, daß größere Mittel zur Verfügung gestellt werden, sondern es werden auch diejenigen Genossen, welche in wahrer Bethätigung des Solidaritätsgefühles und in der Erkenntniß der Bedeutung, welche die gegenseitige Unterstützung hat, oft über ihre Mittel gesteuert haben, entlastet werden, weil die aufzubringenden Gelder, auf alle in Frage kommenden Mitglieder vertheilt, für den Einzelnen nur eine winzig kleine Summe ergeben. Dieses gemeinsame Steuern für einen Zweck bedingt aber, daß die Steuern den davor bewahrt bleiben müssen,

daß die von ihnen aufgebrachten Gelder für Ausstände verwandt werden, welche von vornherein den Stempel der Ausichtslosigkeit an der Stirn tragen. Es wird also nicht abwendbar sein, daß die Kommission oder die Verwaltung des Vereins oder durch Kartell verbundenen Vereine nicht nur für die Aufbringung der nothwendigen Mittel zu sorgen hat, sondern daß ihr auch ein Einspruchsrecht, ein Entscheidungsrecht darüber gegeben wird, ob ein Streik stattfinden soll oder nicht. Ein Entscheid darüber, ob ein Ausstand die Wahrscheinlichkeit des Erfolges für sich hat, kann aber nur von den Personen gegeben werden, welche in demselben oder in einem nahe verwandten Berufsweige thätig sind. Es wäre also ein Fehler, wollten wir für die Zukunft die Generalkommission beauftragen, alle Ausstände zu unterstützen, denn es wäre kaum angängig, daß hier immer der richtige Entscheid über die Genehmigung oder Ablehnung eines Ausstandes getroffen wird, während, wie wir nochmals betonen wollen, es ein Vergehen an der gesammten Gewerkschaftsbewegung wäre, wollten wir eine Kommission einsetzen, welche wohl für Unterstützung zu sorgen, nicht aber darüber zu bestimmen hätte, ob ein Ausstand zu unternehmen ist, denn dies würde zur Folge haben, daß das Streiken kein Ende nähme.

In der Unionsleitung, wie wir sie in Vorschlag gebracht haben, sind nun Vertreter aller zur Union gehörenden Gewerkschaften, und wird deshalb mit Sicherheit anzunehmen sein, daß eine dort gegebene Entscheidung auch das Richtige treffen wird. Sobald in irgend einem Verein ein Ausstand in Aussicht genommen wird, ist von dem betreffenden Vorstand an die Unionsleitung zu berichten, und diese hat zu bestimmen, ob dem Antrage Folge gegeben werden soll. Diese Mittheilung an die Unionsleitung hat auch dann zu erfolgen, wenn der antragstellende Verein die Unterstützung selbst tragen will. Dies Eine wollen wir gleich bemerken, daß die Zentralvereine nur dann die Hülfe der zur Union gehörenden Gewerkschaften in Anspruch nehmen sollen, wenn der eigene Verein nicht im Stande ist, die Kosten selbst zu tragen. Also auch hier nicht etwa ein Gebenlassen, weil die Union da ist, sondern immer weiter an dem eigenen Ausbau zu arbeiten und sich selbst zu stärken, das muß die Parole sein. Je nachdem nun der Ausstand von dem Zentralverein allein, oder aber von der Union gehalten wird, ist allwöchentlich von dem Streikkomité ein Bericht an die Vereins- oder Unionsleitung zu senden. In diesem Bericht, welchen auszufüllen nur geringe Mühe machen wird, weil dazu bestimmte Druckformulare anzufertigen sein werden, findet dann die betreffende Körperschaft genauen Aufschluß, ob der Ausstand weiter zu halten oder aufzugeben ist. Es werden zur Zeit schon diese Wochenstatistiken von der Generalkommission für die Ausstände, welche sie zu unterstützen hat, mit bestem Erfolge verwandt.

Nach den erforderlichen Geldmitteln hat dann die Unionsleitung zu bestimmen, wie viel jedes Mitglied regelmäßig zu zahlen hat, damit der Ausstand gehalten werden kann. Man könnte

einwenden, daß die Einziehung von Beiträgen in dieser Weise zu kompliziert sei, um wirklich Nutzen zu bringen. Demgegenüber aber können wir bemerken, daß ein solches System in einzelnen Organisationen schon vorhanden ist und sich dort als durchführbar erweist. Für die erste Zeit des Ausstandes muß, da die Einziehung der Beiträge nicht in so kurzer Zeit erfolgen kann, ein Reservefonds in den einzelnen Gewerkschaften angesammelt werden, aus welchem dann zunächst die ersten auf die Gewerkschaft entfallenden Beträge zu decken sind. Das Bestreben, solche Fonds anzuhäufeln, zeigt sich heute schon bei vielen Gewerkschaften und garantiert uns dafür, daß in dieser Weise die Sache sich entwickeln wird.

Jedenfalls wird nun aber gesagt werden, daß bei Abwehrstreiks dieser Instanzenweg viel zu weitläufig sei, um Erfolg versprechen zu können. Hierfür aber lassen sich Bestimmungen treffen, unter welchen Umständen ein Abwehrstreik sofort unterstützt werden kann. Dann aber halten wir es auch für richtiger, wenn auch bei Abwehrstreiks nicht blindlings die Arbeit eingestellt, sondern erst geprüft wird, welche Chancen vorhanden sind.

Ist auch schon vielfach durch die sofortige Einstellung der Arbeit auf den Arbeitgeber ein Druck ausgeübt worden, welcher ihn zum Nachgeben zwang, so werden doch diese Fälle immer seltener, da die Widerstandsfähigkeit des Arbeitgebers gleichfalls gewachsen ist. Wir versprechen uns von dem Hinausschieben des Termins zur Einstellung der Arbeit mehr, wenn wir gleichzeitig dem Arbeitgeber sagen können, daß der Ausstand gehalten werden wird, sobald sich die Vereinsleitung damit einverstanden erklärt. Wir sind überzeugt, daß dieses Vorgehen den Fabrikanten vorsichtiger in seinen Angriffen gegen die Arbeiter machen wird.

Gleichzeitig mit dem Wochenbericht, welcher über den Ausstand an die Vereins- oder Unionsleitung abgehen soll, ist auch ein solcher an die Generalkommission zu senden. Dies deshalb, weil diese die Berichte über alle innerhalb der verschiedenen Organisationen vorhandenen Streiks zusammenzustellen und allwöchentlich den verschiedenen Gewerkschafts- und Parteiblättern zur Publikation aufzustellen hat. Auf diese Weise erfährt also jedes Mitglied der Gewerkschaften Deutschlands aus bester Quelle, wie die Lage der einzelnen Ausstände ist, und die heute vorhandene Unsicherheit, falsche Meldungen über Beginn und Ende der Ausstände, werden beseitigt sein. Ferner soll auch die Generalkommission, sofern ein Ausstand selbst von einer Union nicht getragen werden kann, insoweit in Mitleidenschaft gezogen werden, als sie dann die anderen zum Kartell gehörenden Unionen zur Unterstützung heranzieht. In diesem Falle würden aber die zu leistenden Mittel von den einzelnen Unionen nicht an die Generalkommission, sondern an die im Kampfe befindliche Union abzuführen sein. Wenn wir dennoch seinerzeit in Aussicht nahmen, auch

einen Generalfonds für alle Gewerkschaften zu schaffen, so geschah dies deshalb, weil wir annehmen, es würde sich durch die regelmäßige Fortsetzung der Maisammlung ein solcher bilden lassen. Doch hat hierüber der Gewerkschaftskongress zu entscheiden. Ferner soll nach unserem Vorschlage die Generalkommission eine Statistik über die Ursachen, Zahl und Größe der Streiks führen und veröffentlichen, so daß sich auch hieraus ergibt, daß eine regelmäßige Berichterstattung nothwendig ist.

Wir geben zu, daß die Vorschläge, welche wir machen, wesentlich geändert und verbessert werden können, jedenfalls aber wird die Grundidee sich als richtig und durchführbar erweisen. Es wird also bei kleineren Ausständen der einzelne Zentralverein nach wie vor die Leitung und Unterstützung in der Hand behalten. Ist seine Leistungsfähigkeit jedoch nicht groß genug, so werden die zur Union gehörenden Gewerkschaften eintreten, und sollte auch hier noch nicht genügend geboten werden können, der durchzuführende Streik aber für die gesammte Arbeiterschaft von Bedeutung sein, so würden durch die Generalkommission auch die anderen Unionen, also die sämmtlichen organisierten Arbeiter, herangezogen werden können. Immer aber würden dann die Unterstützungspflichten sich auf Alle gleichmäßig vertheilen, den Einzelnen nicht übermäßig belasten und dennoch die genügenden Mittel aufgebracht werden.

Kurz nach der Gewerkschaftskonferenz wurde in der „Bildhauerzeitung“ der Vorschlag gemacht, die Gewerkschaften in ihrer heutigen Fassung zu belassen, neben denselben aber eine zentrale Unterstützungskasse einzurichten, zu welcher jeder Arbeiter resp. jedes Gewerkschaftsmitglied einen bestimmten Wochenbeitrag zu bezahlen hätte, und aus der dann sämmtliche Streiks unterstützt werden. So viel dieser Vorschlag auch für sich hat, so würde es doch nicht gut durchführbar sein, sobald unsere Ansicht, daß die Verwalter dieser Unterstützungskasse auch ein Einspruchsrecht bei den Ausständen haben müssen, für richtig anerkannt wird.

Wir wünschen nur, daß mehr solcher Vorschläge kämen, weil sich aus allen diesen dann wohl das Beste finden ließe. Darüber, daß es nothwendig ist, ein mehr einheitliches Vorgehen der Gewerkschaften zu schaffen, sind sich alle Beteiligten einig, weil die Erfahrung uns gelehrt hat, daß wir gegenwärtig nicht widerstandsfähig genug sind, jedoch sind bis jetzt nur wenig praktische Vorschläge gemacht worden, in welcher Form dieses gemeinsame Handeln sich vollziehen soll.

Wir wollen uns auf dem nächsten Kongress nicht mit der Annahme von Resolutionen begnügen, sondern wollen auch deren Durchführbarkeit nach allen Richtungen hin prüfen, um das Beste und Zweckmäßigste zu finden. Hierzu muß aber ein Jeder, den es angeht, mithelfen und mitarbeiten.

Situationsbericht.

Die Former in Aschersleben und Vernburg haben die Arbeit wieder aufgenommen, da die Zahl der Zuziehenden und darum auch der Streifbrecher eine zu große war.

Der Ausstand in Varmstedt (Schuhmacher) sieht noch ebenso, wie im letzten Bericht ausgehen.

Aus Frankreich erhalten wir folgenden Aufruf zugesandt:

Genossen:

Wie Euch aus der Presse wahrscheinlich bekannt sein dürfte, sind Eure Brüder, unsere bei der Eisenbahngesellschaft von Orleans angestellten Kameraden, es endlich müde geworden, sich fort und fort wie Parasiten behandeln zu lassen; sich aufraffend gegen Diejenigen, welche sie viel zu lange schon unter ihr Joch gebeugt haben, sind sie seit Kurzem in einen Ausstand eingetreten.

Genossen! Im Namen der Solidarität, welche alle Arbeiter vereinigen soll, im Namen der Brüderlichkeit, dem unauflöselichen Band, welches alle Völker miteinander verbindet, richten wir jetzt den Ruf an Euch: Thut Euer Möglichstes und unterstützt mit ganzer Kraft Diejenigen in ihrem harten Kampf, welche furchtlos das Banner,

auf welchem die Forderungen der modernen Arbeiterbewegung verzeichnet stehen, aufgepflanzt haben; zeigt den Kapitalisten, daß Diejenigen, welche alle Reichthümer hervorbringen, daß die Arbeiter jeder Gattung sich zusammenschließen und sich miteinander solidarisch fühlen!

Mögen die organisirten Arbeiter aller Länder sich vereinigen, sich gemeinschaftlich im Kampf unterstützen und somit endlich der Welt zeigen, daß selbst jenen stolzen Eisenbahngesellschaften eine Grenze ihrer Macht gezogen ist. Ein großer Schritt nach Vorwärts wäre damit gethan!

In der Hoffnung, daß unser Hülfesruf bei Euch nicht ungehört verhallen wird, richten wir hiermit unsere brüderlichen Grüße an Euch.

J. A.: Prades,
General-Sekretär.

Aus Holland kommt die Nachricht, daß in Culemborg die Zigarrenmacher streikten. Es kamen 137 Mann, worunter 62 verheirathet sind, die 162 Kinder haben, zum Ausstand.

Adresse: J. W. Gebing, Potgieters-Straat 59, Amsterdam.

Die Generalkommission.

Quittung

über bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in der Zeit vom
9. bis 15. Juli eingegangene Gelder.

L. F., Barmbeck, durch Herrn Metzger M.	2,—	Von Schönfeld's Bau, Gärtnerstr., Einsbüttel M.	15,—
Von den Gutmachern Offenburgs und Kehls "	36,78	Berein deutscher Schuhm., Spandau "	16,—
Von den Weißgerbern Durlachs "	15,—	Verband deutscher Gold- und Silber- arbeiter "	212,46
Aufgelöster Metallarb.-Fachverein, Dresden "	63,52	Former Deutschlands, durch Th. Schwarz "	100,—
Von den Weißgerbern Döbelns "	10,—		

Für den Maisfonds sind weitere Beträge eingegangen:

Vorige Quittung M.	69 431,90	Apenrade M.	8,—
Soltau "	4,50	Fürth (Bayern), durch M. Hunger "	12,—
Vorstand und Aufsichtsrath der Ver- einsbäckerei, Hamburg "	8,—	Frankfurt a. d. D. "	78,—
Achim "	92,35	Wald, „Maiseier“ "	15,—
Magdeburg, Weißgerber-Verein "	15,—	Lehe "	14,—
Berlin, Buchbinder, 2. Rate "	109,25	Braunschweig, Generalkommission "	65,50
Hamburg, Genossen Harbestehude, durch Seig "	24,—	In Summa für den Maisfonds M.	70 809,05
Magdeburg, Gewerkschaften, 2. Rate, inkl. M. 3,50 von den Gutmachern "	81,75	A. Danmann, Kassirer, Hamburg, Zollvereinsniederlage, Wilhelmstr. 13, 1. Et.	
Strasburg (Elsaß) "	175,50		
Unna i. W., von den Tischlern "	9,55	In der Quittung vom 11.—17. Juni muß es heißen: Weißgerber Zeit M. 10,—.	
Magdeburg, Kupferschmiede "	86,—	Für Bremen muß es heißen: M. 100,—	
Berlin, Gutmacher "	508,—	Maisfonds und M. 150,— für die Aus- gesperrten.	
Hamburg, erster Wahlkreis, durch A. Richter "	75,75		